



Frühjahr 2002

TOP Themen

Unter Strom

So 'nen König

Gewerbe(ge)bieter

B66 plus

Gleichgestellt

Unter Strom 1: Wir Grünen steigen um!

Die Atomenergie ist und bleibt eine der größten Bedrohungen, die wir uns selbst aufgehalst haben. Dass es genügend Alternativen zum Atomstrom gibt, haben wir auf unserer Informationsveranstaltung mit Max Brieden-Segler vom Energie- und Umweltbüro Bielefeld, Ralf Bischof von der Naturstrom AG und Andreas Schmid von den Stadtwerken Lemgo aufzeigen können. Und diese Alternativen sind sogar technologisch zukunftsweisender und schaffen mehr Arbeitsplätze!

Nach eingehender Prüfung (und Abwarten der zunächst unklaren Entwicklung in Lemgo) haben wir Grünen in Leopoldshöhe uns entschieden, unseren persönlichen Atomausstieg mit der Naturstrom AG (www.naturstrom.de) vorzunehmen. Dort beziehen wir jetzt Strom, der zu 100 % aus regenerativen Energien und zu einem großen Teil aus neu gebauten Anlagen stammt. Wir bekommen also nicht nur sauberen Strom, sondern fördern damit auch noch den Neubau zukunftsfähiger Anlagen – also „die Wirtschaft“.

Wenn auch Sie es Leid sind, mit jeder Kilowattstunde die atomare Gefahr zu vergrößern und eine



veraltete Technologie zu unterstützen: Steigen Sie um!

Unter Strom 2: Gemeinde verschaukelt?

„Von Kündigung überrascht.“ Unter dieser Überschrift war in der lokalen Presse von der plötzlichen Kündigung des gemeindlichen Stromliefervertrages durch die Wesertal zu lesen. Das Ziel schien klar: höhere Preise durchsetzen!

Natürlich muss sich in einer solchen Situation die Gemeinde um einen neuen Vertrag bemühen. Aber ist das ein Grund, die politischen Gremien bei der Formulierung der europaweiten Ausschreibung außen vor zu lassen? Denn genau das ist geschehen. Eine durch kein politisches Mandat legitimierte Versammlung von Bürgermeistern (die sogenannte „Bürgermeisterkonferenz“) hat für sich entschieden, was zu geschehen habe – und kurzerhand eine Ausschreibung formuliert. Damit wurden die Möglichkeiten einer alternativen Energieversorgung gar nicht erst in Erwägung gezogen. Und das Ergebnis: Die Gemeinde, also wir Steuerzahler, muss 23 % (!!) mehr für den Strom bezahlen als bisher.

Hätte sich unser Bürgermeister doch bloß mal genauer informiert. Ökostrom muss nämlich nicht zwangsläufig die teurere Alternative darstellen. So folgte beispielsweise der bayerische Landkreis Kulmbach nicht einfach blindlings dem Gemeindetag, sondern schloss statt mit eon einen – billigeren! - Vertrag mit LichtBlick ab. Nachzulesen in der taz vom 31.12.2001. Und nachahmenswert.



(K)ein Märchen

Es war einmal ein König. Der lebte in einem kleinen Ort am Fuße eines länglichen Gebirgszugs. Er besaß ein schachteliges weißes Schloss gegenüber einer evangelischen Kirche. Er hatte viele Bedienstete, die für ihn arbeiteten. Er hatte über 17.000 Untertanen. Und er hätte eigentlich immer selig schlafen können und wäre ein glücklicher König gewesen – wenn da nicht ein paar widerspenstige Untertanen gewesen wären ...

Der König und die Nenürg

Zu seiner Zeit gab es ein Gesetz, das bestimmte, dass es zu seiner Seite einen weisen Rat und vier Parteien geben musste: die Espede, die Cedeuh, die Efdepe und ein Bündnis-von-90-NENÜRG. Da der Name der letztgenannten Gruppierung aber so fürchterlich lang war, nannte man sie kurzerhand „die Nenürg“. Der Rat und die Parteien kamen regelmäßig zu Sitzungen zusammen und durften abstimmen. Die Sitzungen waren zum Teil sogar öffentlich. Das machte es dem König natürlich nicht immer leicht bei seiner Regierungstätigkeit.



Die meisten Sorgen bereiteten ihm aber die Nenürg. Wie hätte der König so schön in Frieden leben können! Doch es verging fast kein Tag, an dem er sich nicht über die Nenürg ärgern musste. Ständig widersprachen sie und er fand, es gebe in ihren Reihen einige

richtig schlimme Querulanten, die ihm Magen- und Kopfschmerzen bereiteten. So blieb es nicht aus, dass das Verhältnis zwischen dem König und diesen Nenürg – na, sagen wir – gestört war.

Natürlich wollte der König von seinen Untertanen geliebt werden und als ein wohlwollender Monarch erscheinen. Allerdings hatte er auch für Dinge zu sorgen, die seine Untertanen nicht immer gut fanden.

Der König und der Verkehr

So waren beispielsweise die Anwohner zweier Gemeindewege sehr wütend, dass so viele Fuhrwerke durch ihre Wege fuhren. Weswegen sie zu Hauf ins Schloss kamen und vehement forderten, ihre auf den Wegen spielenden Kinder durch rot-weiße Absperrungen zu schützen. Dieser klugen Forderung schloss sich der weise Rat mehrheitlich an. Doch das gefiel dem König nicht. Warum, ist nicht ganz klar. Jedenfalls sperrte er nicht den Weg sondern sich mit Händen und Füßen gegen diesen Beschluss. Und ärgerte sich mächtig, als die Nenürg ihm Verzögerung und Verhinderung vorwarfen.

Der König und der kleine Kreis

Am glücklichsten war der König, wenn er im kleinen Kreis mit ausgesuchten Vertretern der Parteien Dinge diskutieren und vorentscheiden konnte, die sonst in großen Fachaus-

sitzungen behandelt wurden. In diesen „interpaktionellen Gesprächen“ ging es deutlich ruhiger zu. Hier waren nicht so viele, die unangenehme Fragen stellten. Hier lief der König nicht Gefahr, sich von anderen Auffassungen überzeugen lassen zu müssen. Und hier gab es keine Öffentlich-



keit. Doch wer störte wieder diese traute Idylle: Natürlich diese Nenürg! Denn die pochten aufs Gesetz und forderten, dass gemeindliche Probleme in den dafür einzig leg-

itimierten Fachaus-sitzungen intensiv und öffentlich erörtert und gelöst werden sollten. Und entschlossen sich, an den Gesprächen nicht mehr teilzunehmen, solange es dort nicht nur um gegenseitige Informationen und organisatorische Absprachen ginge.

Der König und der Sportplatz

In der Mitte des kleinen Königreichs am Rande einer Hügelkette gab es übrigens auch einen wunderschönen Sportplatz. Der war vor langer Zeit von eifrigen Untertanen in mühseliger Handarbeit geschaffen worden. Sogar ein kleines Häuschen hatten sie am Rande des Platzes gebaut. Und viele Generationen hatten hier viele Jahre lang begeistert gespielt und gefeiert. Doch damit sollte nun plötzlich Schluss sein, da sich der König und seine Berater nicht mit dem Lehnsherrn einigen konnte. Und was forderten die Nenürg? Dann den schönen Platz halt privat weiter zu nutzen und ihn so zu erhalten! Die Idee gefiel auch der Mehrheit der zuständigen Fachaus-sitzung. Doch im weisen Rat konnte sich der König letztendlich durchsetzen und sich eine hauchdünne Mehrheit gegen den Erhalt des Platzes beschaffen.

Der König und der Strom

Genug des Ärgers? Nein! Denn die Nenürg brachten – natürlich – auch an anderen Stellen Verdruss ins Schloss. Beispielsweise, als sie sich darüber beschwerten, wie der König einen Moderne-Elektrische-Energie-Liefervertrag zu sehr viel schlechteren Konditionen erneuerte. Dazu waren alle Könige der benachbarten Reiche geschwind zu einer Konferenz zusammengekommen, um eine gemeinsame öffentliche Ausrufung zu beschließen. Und die Nenürg? Meinten, dass eine solche Konferenz weder politisch noch rechtlich legitimiert gewesen sei, solche Entscheidungen zu treffen. Weshalb sie daran gehen wollten, das königlich lippische Ortsrecht zu überarbeiten.

Tja, keine schönen Aussichten für den König! Denn wie kann er in Ruhe seinen Amtsgeschäften nachgehen, wenn der Regierungssitz gläsern wird, wenn Entscheidungen öffentlich und transparent gefällt werden und wenn ständig kontrolliert wird? Das würde ja Demokratie bedeuten!!

"Horrorvision" Gewerbegebiet Ost

Nachdem in den vergangenen Jahren der Westen Asemissens durch ein großes Gewerbegebiet zugebaut wurde (und noch weiter zugebaut wird) sollen jetzt auch im Osten von Asemissen und Greste die bisher landwirtschaftlichen Flächen zubetoniert werden. Zwischen Gut Ermgassen und Greste-Mackenbruch soll ein neues Gewerbegebiet von 120 ha ausgewiesen werden. Ein neues Gewerbegebiet - so die Meinung von Verwaltung, SPD und CDU - ist attraktiv, weil damit

1. für die hier lebende Bevölkerung Arbeitsplätze geschaffen werden und
2. Gewerbesteuerinnahmen winken.

Arbeitsplätze!?

So schön die Vorstellung auch ist, dass LeopoldshöherInnen ihren Arbeitsplatz vor der Haustür haben und ihn zu Fuß erreichen können – das ist sogar für GRÜNE unrealistische Träumerei. Gewerbe-Neuansiedlungen sind in der Regel Verlagerungen wegen günstiger Grundstückspreise und Steuerersparnissen. Viele Unternehmen – siehe Asemissen West – hatten ihren Sitz in Bielefeld und haben ihre MitarbeiterInnen weitgehend mitgebracht. Die Fixierung auf die Gemeindegrenzen beim Thema Gewerbeansiedlung und Wirtschaftsförderung ist antiquiert und das Konkurrieren mit anderen Kommunen kurzfristig. Mehr Sinn macht eine regionale Entwicklungsstrategie: Schaut man über den Leopoldshöher Tellerrand hinaus, kann man bereits im Dreieck Bielefeld, Herford, Bad Salzuflen ein großes Gewerbegebiet erkennen, das auch für Leopoldshöher gut erreichbar ist.

Gewerbe(s)teuer?

Auch das Steuerargument ist kritisch zu hinterfragen. Fließt denn tatsächlich so viel Geld in die Gemeindekasse? Schließlich sind die Kosten für Investitionen gegenzurechnen, die ein solches Gebiet mit sich bringt (z.B. Kläranlagenkapazitäten), und es ist zu berücksichtigen, dass Unternehmen aufgrund getätigter Investitionen viele Jahre lang überhaupt keine Gewerbesteuern zahlen müssen.



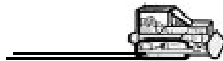
Und ...

Würden die Gemeinden mit ihren Flächen nicht ganz anders umgehen, wenn es keine Gewerbesteuer gäbe? Und das kann in wenigen Jahren durchaus der Fall sein: Es gibt ernsthafte Vorbereitungen, die Gewerbesteuer komplett abzuschaffen!

Außerdem: Sind großflächige Gewerbegebiete denn überhaupt das, was Land braucht? Zukunftsorientierte Dienstleistungsunternehmen haben nämlich nur wenig Interesse, sich in abseits gelegenen Gewerbegebieten anzusiedeln.

Wir Grünen sagen ganz klar: Kein neues Gewerbegebiet Greste-Mackenbruch!

- > In Greste-Mackenbruch existiert eine funktionierende bäuerliche Landwirtschaft mit Jahrhunderte alten Höfen. Ein Gewerbegebiet würde diese auch kulturell seit jeher geprägte Struktur zerstören. Leopoldshöhe verlöre immer mehr sein Gesicht.
- > Den Menschen im Leopoldshöher Süden wird der Naherholungsraum noch mehr beschnitten.
- > Was für die Menschen zutrifft, gilt noch mehr für Tiere und Pflanzen. Die können sich nicht ins Auto setzen und anderswohin fahren, wenn sie Ruhe brauchen. Flora und Fauna werden in ihrem Lebensraum eingeschränkt und verlieren ihre Entfaltungs- und Rückzugsmöglichkeiten.
- > Vor allem aber sind die klimatischen Auswirkungen gravierend: Wird das geplante Gewerbegebiet in Greste gebaut, verliert Leopoldshöhe seine letzte Kaltluftschneise, die vom Höhenzug des Teutoburger Waldes herunter über die landwirtschaftlichen Flächen für einen Luftaustausch in der Ebene sorgt. Im Westen Asemissens ist diese Funktion bereits gestört, dort existiert praktisch keine durchgehende Grünschneise mehr. Wir dürfen jetzt nicht auch noch die allerletzte Schneise zubauen! Diese Verpflichtung haben wir gegenüber nachfolgenden Generationen, denn die langfristigen Folgen sind unumkehrbar!



Wir hatten keine Chance gegen CDU, SPD und FDP

Das Gewerbegebiet Asemissen West wird verdoppelt!

Wir sahen uns schon unsere Sonntagsausflüge dort machen. So schön waren die Worte, die bunten Pläne und die Vorstellungen. Schließlich sollte es ja ein Gewerbepark werden.

Doch die Realität ist eine andere. Grün? Einladend? Attraktiv? Das Gewerbegebiet Asemissen-West alles andere als eine Attraktion. Und nun wird es nicht nur erweitert, sondern verdoppelt.

Damit es auch ja keine Einwände mehr geben kann, wurde zuerst mal der Landschaftsplan so geändert, dass bis direkt ans Krähenholz Industrie und Gewerbe angesiedelt werden können. Denn bisher

war ein Teil der Fläche ausdrücklich gegen Industrieansiedlungen geschützt gewesen.

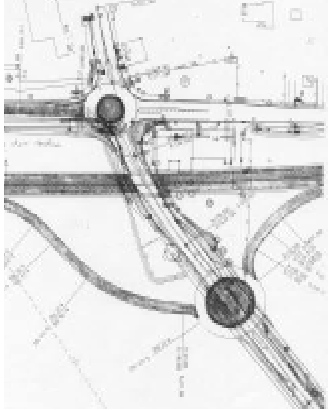
Nachdem diese Voraussetzung erfüllt war, wurde im Dezember dann die „Erweiterung“ des Gewerbegebiets beschlossen: Zu den bisherigen 15,23 ha kommen nun noch einmal 14,9 ha hinzu!

Wir haben diese Verdoppelung des Gewerbegebiets Asemissen-West als einzige Partei abgelehnt. Nicht nur, weil wir die Bürgerinnen und Bürger in Asemissen vor weiterer Belastung schützen wollen und uns die Industrie viel zu nahe an das für Natur und Freizeit gleichermaßen wichtige Krähen-

holz heranrückt. Wir sehen auch nicht, welchen Vorteil die Gemeinde von dieser Erweiterung haben soll. Denn die Gewerbesteuer fließt längst nicht so üppig, wie erhofft – vielleicht wird sie ja bald sogar ganz abgeschafft. Und die Gemeinde hat sich damit mal wieder zusätzliche Belastungen und Kosten aufgehalst. So muss sie beispielsweise die vorgeschriebenen Ausgleichsflächen, u.a. mit Regenklär- und -rückhaltebecken, entwickeln und pflegen.

(Teil)-Erfolgsmeldung

Die überdimensionale Brückenkonstruktion für die B66 ist weg. Die neue Planung sieht eine Unterquerung der L751 vor. Die Anbindung der beiden Straßen soll über zwei Kreisel geregelt werden.



Damit sind die alten Pläne offensichtlich vom Tisch! Das ist gut so und das ist ein Erfolg, auf den auch wir zunächst einmal stolz sein können! Wir haben vor etwas mehr als einem Jahr durch Fotomontagen vor Augen geführt, was die Verkehrsplaner am grünen Tisch mal wieder so ausgeheckt hatten und konnten somit letztendlich auch die anderen Parteien davon überzeugen, dass wir in Leopoldshöhe eine andere verkehrstechnische Lösung brauchen. Unser von allen Parteien unterstützter Antrag sowie die engagierte Unterstützung von Herrn Ibrügger für die Suche nach Alternativen haben diesen neuen Entwurf hervorgebracht.

Diesen wird man jetzt natürlich genau prüfen und diskutieren müssen. Auffällig bleibt bei aller "Freude" über diesen Erfolg nämlich immer noch der vergleichsweise hohe Flächenverbrauch. Außerdem wird die B66 kreuzungsfrei und damit potentiell zu einer neuen "Hochgeschwindigkeitsteststrecke" für uneinsichtige Autofahrer.

Und die weitaus wichtigste Frage bleibt: Brauchen wir überhaupt einen Um- bzw. Ausbau der Scherenkrug-Kreuzung? Argumentiert wurde und wird von Verkehrsplanern immer mit dem Argument steigender Verkehrszahlen. Doch genau das geben die aktuellen Zahlen gar nicht her. Die Verkehrszahlen haben sich an dieser Kreuzung seit 1995 kaum verändert und sind in den letzten Jahren sogar in der Tendenz gesunken!!

Wir fordern städtebaulichen Wettbewerb fürs Zentrum!

Der Haushalt 2002 macht's deutlich: Die Gemeinde rechnet mit der Ostumgehung Leopoldshöhes in den nächsten Jahren. Und sie richtet sich auch schon darauf ein, nach deren Fertigstellung das Ortszentrum um den Marktplatz herum neu zu gestalten.

Wir sind bekanntermaßen keine Freunde der Ostumgehung. Aber nun kommt sie – und mit ihr die Chance, aus dem bisher ja eher trostlosen Zentrum Leopoldshöhes was zu machen.

Da die Zeit bis dahin schnell vergehen wird und weil es eine so wichtige Planung für Leopoldshöhe ist, haben wir beantragt, noch in diesem Jahr einen offenen städtebaulichen

Wettbewerb für die Neugestaltung des Ortszentrums auszuschreiben.

Und da ein solcher Wettbewerb natürlich Vorgaben braucht, fordern wir auch, im Ausschuss für Straßen, Plätze und Verkehr zunächst einmal die Erwartungen zu erarbeiten, die das Ortszentrum funktional und gestalterisch erfüllen soll. Damit diese dann als Kriterien für den Wettbewerb vorgegeben werden können.

Mischen Sie sich ein, wenn diese Vorgaben diskutiert und erarbeitet werden! Schreiben Sie Ihre Wünsche und Ideen an den Bürgermeister (oder an uns bzw. die Vertreter und Vertreterinnen der anderen Parteien)! Gestalten Sie das Zentrum Leopoldshöhes aktiv mit!

Gleich(e)stellung

Obwohl die Gleichstellungsstelle vor Jahren von allen Parteien gewollt und noch bis vor wenigen Monaten unstrittig war, entspann sich an der Neubesetzung der Stelle Ende letzten Jahres eine äußerst spannende Diskussion.

War der Grund, dass der Bürgermeister seine "Lieblingskandidatin" bei der Besetzung der Gleichstellungsstelle nicht durchsetzen können, dass er fortan verschiedene taktische Maßnahmen verfolgte, um sich einer möglichen bürgermeisterhausinternen "Kontrollinstanz" zu entledigen?

1. Streich: Oh, da gibt es ja noch ein Gerichtsverfahren, ob so kleine Gemeinden wie Leopoldshöhe überhaupt eine Gleichstellungsbeauftragte brauchen! Tauchten da etwa Gedanken auf, wie: Wenn wir Glück haben, dann fällt das Urteil ja zu unseren "Freiheitsgunsten" aus. Ist doch egal, dass sich vor Jahren alle Parteien einhellig dafür ausgesprochen haben, eine Gleichstellungsstelle einzurichten. Doch nein: das Urteil entbindet die Gemeinden nicht.

2. Streich: Ist es dann vielleicht doch besser, wenn den Gleichstellungsjob jemand aus der Verwaltung erledigt - so quasi als Teilzeitarbeit nebenbei. Aber so einfach ist das nicht, da ja die Beratungsarbeit eine wichtige Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist. Und eine fachlich qualifizierte sozialpädagogische/psychologische Beratung kann in der Verwaltung so ohne weiteres niemand leisten.

3. Streich: Na, dann nehmen wir den Beratungsteil eben aus der Stellenfunktion raus und vergeben diesen als Auftrag an externe Profis. Na also, jetzt sollte sich doch eine Person innerhalb der Verwaltung finden lassen. Dann regelt sich doch alles viel leichter.

Doch Pech gehabt: Der Haupt- und Finanzausschuss lehnte diese Konstruktion der Verwaltung mit 9 Nein gegen 7 Ja-Stimmen ab. Damit bleibt die Gleichstellungsstelle erhalten.

Ein Sieg für die Frauen in der Gemeinde und der Verwaltung!

Am Rande

Bis vor wenigen Jahren sah die offizielle Verkehrsplanung als Ersatz für die B66 parallel zu dieser eine Autobahn (A106) vor!



Wer weiß, ob der Scherenkrug dann heute vielleicht schon so aussehen würde?

Impressum

Bündnis90 / **DIE GRÜNEN** - Ortsverband Leopoldshöhe
Drosselstr. 19, 33818 Leopoldshöhe
Tel.: 05208 / 65 00
E-Mail: info@gruene-leopoldshoe.de

